

Gregor-Mendel-Str.36-37 * 14469 Potsdam

dbb
beamtenbund und tarifunion
Landesbund Brandenburg
Weinbergstraße 36
14469 Potsdam

Wahlprüfsteine

Potsdam, 31.07.2019
Zeichen: JK

Jacqueline Krüger
Generalsekretärin
FDP Brandenburg

Jacqueline.Krueger@fdp.de
www.fdp.de

Freie Demokratische Partei
(FDP)
Landesverband Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 36-37
14469 Potsdam

Telefon: 0331 – 29 16 41
Telefax: 0331 – 29 19 40
E-Mail: lvbrb@fdp.de

Sehr geehrter Herr Daubitz,

wir bedanken uns für Ihre Anfrage und beantworten die von Ihnen übersendeten Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Brandenburg 2019 wie folgt:

1. Das Land Brandenburg ist im bundesdeutschen Besoldungsranking immer noch auf einem der hinteren Plätze. Bis wann soll der Anschluss an den Bund erreicht werden und wie stehen Sie zu der Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Besoldung?

Unser Ziel ist eine gerechte und der Arbeit angemessenen Besoldung. Hier hat das Land Brandenburg erheblichen Verbesserungsbedarf, insbesondere bei den Möglichkeiten des Aufstiegs in höhere Besoldungsgruppen. Eine bundeseinheitliche Besoldung lehnen wir ab.

2. Immer noch legen viele Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger Widerspruch gegen die Besoldung bzw. Pensionen ein, da sie das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Besoldung und Pension verloren haben. Dies führt zu einer unnötigen Belastung der Bezügestelle und der Verwaltungsgerichte. Gibt es Ihrerseits Vorstellungen wie Sie das Vertrauen der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger wiedergewinnen wollen und wie die Prozessflut reduziert werden könnte.

Wir stehen ganz klar für eine verfassungskonforme Besoldung. Ab dem ersten Tag muss eine Rechtssicherheit gegeben sein, die bei der Bezahlung und Pension greift. Auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten werden wir keine Sparpolitik betreiben.

3. Im Besoldungsbereich wurden die Verschlechterungen der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Beispiel Anhebung der Altersgrenze,

wirkungsgleich auf die Beamten übertragen. Aber Leistungsverbesserungen, zum Beispiel die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Dienstjahren nicht übernommen. Wann wollen Sie diese Ungleichheitslücke schließen?

Diese Ungleichheitslücke muss schnell geschlossen werden, damit dieses Problem eben nicht dazu führt, dass vor allem junge Menschen den öffentlichen Dienst meiden und wir in diesem Bereich Nachwuchsprobleme bekommen.

4. Es wird viel über die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg gesprochen. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Attraktivität weiter zu erhöhen und eine Abwanderung zum Bund und in andere Bundesländer zu verhindern?

Wir werden die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge drastisch kürzen. Der öffentliche Dienst darf nicht mehr der Arbeitgeber mit der größten Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen sein. Zudem wollen wir bessere Aufstiegschancen schaffen. Des Weiteren müssen auch im Bereich des Entgeltes Verbesserungen kommen, um im Wettbewerb um die besten Kräfte mit Bund, anderen Ländern aber auch der freien Wirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

5. Wie stehen Sie zum Vorhaben im Tarifbereich wieder gemeinsam (Bund, Länder und Kommunen) zu verhandeln? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie versuchen dieses Vorhaben umzusetzen?

Die Tarife sollen von den unterschiedlichen Vertragspartnern ausgehandelt werden.

6. Wie wollen Sie die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst verbessern?

Wir werden die Berufe für das digitale Zeitalter vorbereiten, um insbesondere junge Menschen auch beruflich aus ihrer Lebenswirklichkeit abholen. Außerdem muss die Werbung verbessert werden, um die bereits vorhandenen Vorteile jungen Menschen aufzuzeigen. Zusätzlich müssen die Karrierechancen und die Bezahlung verbessert werden.

7. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher wird?

Verbesserungspotenzial sehen wir im Bereich Home-Office und damit verbunden die Ausweitung einer digitalen Verwaltung. Zusätzlich müssen Arbeitszeitmodelle flexibler gestaltet werden können. Durch die Ausweitung der Kinderbetreuung bei den Kindertagesstätten werden wir unabhängig vom Beruf der Eltern die Kinderbetreuung verbessern.

Mit freundlichen Grüßen
Jacqueline Krüger
Generalsekretärin FDP Brandenburg